

Gestern traf sich US-Präsident Donald Trump mit Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron im Weißen Haus – genau drei Jahre nach Beginn der russischen Großoffensive gegen die Ukraine. Die beiden Politiker haben völlig unterschiedliche Sichtweisen auf die Ursachen des Krieges, die Rollen der Beteiligten und mögliche Lösungen.

Trump behauptete, der Krieg könne "innerhalb von Wochen" beendet sein, und deutete an, dass er bereits im Frühjahr nach Moskau reisen könnte. Er weigerte sich, Russlands Präsident Wladimir Putin als Diktator zu bezeichnen – Macron hingegen stellte unmissverständlich klar: "Russland ist der Aggressor."

Bei den Vereinten Nationen widersetzte sich die US-Regierung unter Trump einer europäischen Initiative, die Russland verurteilen und den sofortigen Rückzug aus der Ukraine fordern sollte. Stattdessen brachte Washington eine abgeschwächte Resolution ein, die lediglich ein Ende der Kämpfe verlangte - eine Position, die Moskau entgegenkommt und europäische Verbündete vor den Kopf stößt.

Ukraine: Präsident Selenskyj hat bislang oft aus schwierigen Situationen das Beste gemacht, doch sein Umgang mit Trump scheint nicht zu fruchten. Schadet diese Strategie der Ukraine? Zudem kämpft das Land mit Nachwuchsproblemen in der Armee. Verwundete Soldaten kehren trotz starker Schmerzen an die Front zurück, um weiter gegen Russland zu kämpfen.

Russland: Putin lockt US-Unternehmen mit lukrativen Geschäften in Russland – und sogar in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine. Besonders brisant: Amerikanische Firmen könnten helfen, seltene Erden dort abzubauen. Die Botschaft des Kremls ist klar: Eine engere Zusammenarbeit mit Moskau würde den USA wirtschaftliche Vorteile bringen.

Die Herausforderungen für Merz

Friedrich Merz, der voraussichtliche nächste deutsche Bundeskanzler, könnte von Anfang an auf wackligen Beinen stehen. Sein Wahlergebnis am Sonntag war nicht überwältigend, und viele Deutsche scheinen ihm persönlich wenig Begeisterung entgegenzubringen.

Dennoch könnte Merz der international einflussreichste deutsche Kanzler seit Angela Merkel werden. Warum? Weil Trump damit droht, Europa militärisch im Stich zu lassen und es bei Friedensverhandlungen mit Russland zu umgehen.



Für Deutschland bleibt eine große Frage offen: Kann Merz die tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Migration liefern, die viele Wähler fordern? Die Wahlergebnisse geben erste Hinweise darauf, was in diesen Bereichen zu erwarten ist.

Hamas-Funktionär äußert Zweifel an Anschlag vom 7. Oktober

Mousa Abu Marzouk, der Leiter des Hamas-Büros für internationale Beziehungen, erklärte gegenüber der "New York Times", er hätte den Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 nicht unterstützt, wenn er das Ausmaß der Zerstörung in Gaza vorausgesehen hätte. Israels Offensive hat große Teile des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt und zehntausende Palästinenser getötet.

Ob Abu Marzouks Sichtweise innerhalb der Hamas weit verbreitet ist, bleibt unklar. Viele Anführer der Organisation vertreten eine deutlich härtere Linie. Möglich ist auch, dass er seine Worte bewusst wählte, um die Verhandlungen mit Israel zu beeinflussen.

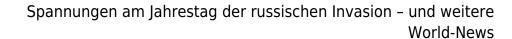
Westjordanland: Israel scheint die Weichen für eine langfristige Militärpräsenz in der Region zu stellen. Palästinensische Vertreter warnen vor einer "gefährlichen Eskalation".

Wie geht es weiter? Die Feuerpause in Gaza läuft am Sonntag aus, und bislang gibt es keine konkreten Verhandlungen über eine Verlängerung. Trumps Nahost-Beauftragter Steve Witkoff will morgen in die Region reisen, um eine neue Waffenruhe zu erreichen. Ein kurzer Aufschub der Kämpfe ist denkbar, doch eine langfristige Lösung erscheint unwahrscheinlich.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

Vatikan: Die katholische Welt blickt gebannt nach Rom: Papst Franziskus (88) befindet sich in kritischem Zustand im Krankenhaus.

Nordkorea: Ein Bericht beschreibt "Zwangsarbeits"-Bedingungen für nordkoreanische Arbeiter, die von der Regierung jahrelang auf chinesischen Thunfischfangschiffen eingesetzt werden.





Indien: Die Hoffnung schwindet für acht Arbeiter, die in einem eingestürzten Tunnel eingeschlossen sein sollen.

Wirtschaft: Apple kündigt an, Künstliche-Intelligenz-Server in Texas zu bauen und in den nächsten vier Jahren 500 Milliarden Dollar in den USA zu investieren.

Afghanistan: Ein britisches Ehepaar, das fast zwei Jahrzehnte lang Bildungsprogramme im Land leitete, wurde diesen Monat von den Taliban verhaftet.

Haiti: Ein kenianischer Polizist wurde bei einer internationalen Mission zur Bekämpfung der Bandenkriminalität getötet.

Frankreich: Ein ehemaliger Chirurg gesteht am ersten Prozesstag "abscheuliche Taten". Er ist wegen der Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung von 299 Menschen - meist Kinder angeklagt.

Klima: Greenpeace steht vor einem Gerichtsprozess mit einer Schadensforderung von 300 Millionen Dollar. Ein negatives Urteil könnte die Organisation finanziell ruinieren.

Von C. Hatty